



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Asylsituation entschärfen: Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Lage in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften ergreifen, Asylverfahren beschleunigen!**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert, den in der Presse angekündigten „Notfallplan für weitere Erstaufnahmeplätze“ sowie das „Gesamtkonzept mit zusätzlichen Kapazitäten in Gemeinschafts- und Privatunterkünften“ dem Landtag vorzulegen.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration zu berichten, in welcher Form, Umfang und unter welchen Voraussetzungen geplant ist, private Investoren in das angekündigte Gesamtkonzept zur Unterbringung einzubeziehen bzw. in welchen Fällen dies schon geschehen ist.
3. Zudem ist dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration in regelmäßigen Abständen über die Ergebnisse des Kabinettsausschusses unter der Leitung von Frau Staatsministerin Emilia Müller Bericht zu erstatten.
4. Der von der Staatsregierung initiierte „Asylgipfel“ soll mit den Beteiligten fortgeführt werden, um zeitnah auf aktuelle Entwicklungen reagieren zu können. Dabei sind die im Landtag vertretenen Fraktionen einzubinden.
5. Zur Verbesserung der Situation in der Erstaufnahme und den Gemeinschaftsunterkünften in Bayern sind darüber hinaus folgende Sofortmaßnahmen zu ergreifen:
  - Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene unverzüglich für eine Aufstockung des Personals beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einzusetzen, damit die Verfahren in der Regel innerhalb von drei Monaten abgeschlossen werden können.
  - Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene für eine bessere Abstimmung der Asylpolitik einzusetzen, u. A. auch im Hinblick auf die sichere Drittstaatenregelung.
  - Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene für eine Verbesserung der Situation in den Herkunftsländern der Flüchtlinge einzusetzen und damit Fluchtursachen zu bekämpfen.
  - Es werden erweiterte Auszugsmöglichkeiten für Asylbewerber aus Gemeinschaftsunterkünften geschaffen, die einer geregelten Arbeit nachgehen und über ein Einkommen verfügen.
  - Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine schnelle Umsetzung der angekündigten Verkürzung des Arbeitsverbots für Asylbewerber auf drei Monate, entsprechend der Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung, einzusetzen. Darüber hinaus ist zu prüfen, in wieweit das Verfahren der Vorrangprüfung erleichtert bzw. beschleunigt werden kann.
  - Die Regelungen der Residenzpflicht sind zum Zwecke der Arbeitsaufnahme und Wohnungssuche zu lockern.
  - Die Landkreise und kreisfreien Städte werden in die kurz-, mittel- und langfristigen Planungen zur Unterbringung stärker und zeitnäher als bisher eingebunden.
  - Die Staatsregierung wird aufgefordert die Asylsozialberatung bedarfsgerecht auszubauen. Dazu ist ein Betreuungsschlüssel von mindestens 1:150 sicherzustellen sowie den staatlichen Anteil der pauschalierten Personalkosten von derzeit 70 auf 80 Prozent zu erhöhen.

**Begründung:**

Die bisher einzigen zwei existierenden Erstaufnahmeeinrichtungen in Bayern sind, trotz aller Warnungen, aufgrund der beträchtlich gestiegenen Zuzugszahlen massiv überfüllt und seit einiger Zeit stark überlastet. Diese Zustände sind menschenunwürdig und stellen keine dauerhafte Lösung dar. Die momentane Unterbringungssituation für Asylbewerber in Bayern kann daher u.E. nur als mangelhaft bezeichnet werden und bedarf dringend einer Verbesserung. Aufgrund der aktuellen weltpolitischen Lage ist nicht mit einem Rückgang der Antragszahlen in naher Zukunft zu rechnen.

Die Staatregierung hat erste Maßnahmen ergriffen, die zu einer Abmilderung der Situation beitragen sollen. Die angekündigten Schritte sollten aber auch dem Landtag dargelegt werden.

Viele der derzeit geltenden Regelungen sind u.E. übertrieben bürokratisch und tragen dazu bei die Unterbringungssituation von Asylbewerbern in Bayern zu verschärfen. Um Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte zu entlasten, sind oben genannte Maßnahmen dringend erforderlich.

Es müssen politische Anstrengungen unternommen werden, um Fluchtursachen abzustellen.